

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Dornbush-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Leichenfeier in Wien.

Schwarze Trauerfahnen auf den Gemeindegebäuden.

r. bn. Wien, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Für die heutige Leichenfeier im Zentralfriedhof wurden große Vorbereitungen getroffen. Es wurde ein großer Katafalk aufgestellt, der für 100 Särge Platz hat, der aber heute nicht voll ausgenutzt wird, da heute erst 60 Leichen gemeinsam bestattet werden. Von allen Korporationen wurden reichlich Blumen und Kränze gebracht. In den Arbeiterbezirken haben die Arbeiter rote Fahnen mit Trauerfahnen herausgehängt. Auf allen Gemeindegebäuden wehen schwarze Trauerfahnen. Die Bestattung wird um 2 Uhr nachmittags stattfinden. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bringt heute einen Leitartikel „Das Vermächtnis der Toten“. In dem Artikel wird gefragt, wofür diese Toten gefallen seien. Sie seien gefallen als Revolutionäre, in dem Gefühl, durch ihr vergossenes Blut ein Opfer für die Zukunft gebracht zu haben. Aber das Tragische und Einmalige sei, daß dieser Kampf kein revolutionärer Kampf gewesen sei, sondern eine Treibjagd, ein pflanzliches Gemetzel, in der Menschen zugrunde gingen. Das sei das schauerliche Gefühl, das alle erfüllte. Das Bürgertum werde auch in diesem Augenblick nur an sich, die Störung seiner geschäftlichen Transaktionen und die Sorge um den Fremdenverkehr seien ihm wichtiger als das Andenken der Toten.

Streikabbruch — eine Tat republikanischen Verantwortungsgesühls.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt zum Abbruch des Verkehrsstreiks: „Wißt ihr, warum den Herren so völlig das Verantwortungsgesühl fehlt, das uns leitet? Weil diese Republik, die sie regieren, ihnen einfach wurst ist! Was liegt denen daran, wenn die Republik zugrunde geht? Uns aber ist diese Republik, so geschändet sie auch ist, unter der Regierung derer, die sie im Herzen hassen, uns ist diese Republik trotz alledem das künftige Erbe der Arbeiterklasse. Darum machen wir uns Sorgen um ihren Bestand und ihre Sicherung. Darum denken wir selbst in den Stunden wilder Erregung daran, unseren Kampf mit Mitteln zu führen, die die Republik nicht in Gefahr bringen. Darum treiben wir nicht Preistagepolitik in ersten Stunden. Darum leitet uns das Verantwortungsgesühl, das denen fehlt, die die Republik regieren, aber hassen.“

Der Abbruch des Verkehrsstreiks — er ist eine Tat republikanischen Verantwortungsgesühls. Und weil dieses republikanische Verantwortungsgesühl unsere breiten Massen erfüllt, darum werden sie den Beschluß des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission in geschlossener Einheit vollziehen. Ein Zirkulartelegramm — sie sind in den Streik getreten. Ein anderes — sie werden die Arbeit aufnehmen. So handelt ein von Verantwortungsgesühl und Disziplin erfülltes Heer! Und solange es so handelt, bleibt es unbesiegbar. Sein Verantwortungsgesühl wird uns die Republik erhalten.“

Bewaffnete Faschisten.

Heimwehr-Putsch in Steiermark.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ deckt die Bewaffnung der Faschisten in Steiermark und ihre putschistischen Absichten auf. Er läßt sich aus Graz berichten:

Die schwächliche Haltung des Landeshauptmanns gab zu einem schweren Konflikt in der Landesregierung Anlaß. Der christlich-sozialer Landeshauptmann-Stellvertreter, Riegler, und Landesrat Pfarrer Jenz, verließen ihren Sitz in der Landesregierung in Graz und errichteten in Feldbach eine provisorische bürgerliche Landesregierung, der auch von der Großdeutschen Partei Abg. Dr. Minarik und vom Landbund Nationalrat Jangel angehörten. Diese Nebenregierung ertlich einen Aufruf der Heimwehren. Bis Sonntag vormittag war ganz Untertiermark, Mittel- und Weststeiermark bis auf die Industrieorte Voitsberg und Koeflach im Besitze der Heimwehren.

Am Koeflach von Graz waren die Heimwehren im Raume von Raibach, zwei Kilometer von Graz, versammelt. Alle waren bewaffnet und mit Maschinengewehren versehen.

Gegen Abteilungen des republikanischen Schutzbundes im republikanischen Industriegebiet errangen die Heimwehren großen Erfolg. Heimwehrführer Dr. Priemer sammelte im oberen Murtal 7000 Mann mit 200 Maschinengewehren und besetzte Sonntag früh Judenburg.

Die Heimwehr kontrolliert heute in ganz Steiermark die Durchführung der vollständigen Arbeitsaufnahme und wird morgen abrücken. Insgesamt waren 17 000 Heimwehrmänner unter den Waffen.“

Selbstverständlich beschuldigt der „Lokal-Anzeiger“ nicht die bewaffnete Heimwehr, sondern den unbewaffneten Schutzbund des Putschismus. Frage: Wieviel Waffen besitzt der Stahlhelm in Deutschland?

Untersuchung der Justizpalast-Ruine.

Wien, 20. Juli. (M.A.B.) Der Justizpalast wurde durch eine Kommission beauftragt, die aus Vertretern der städtischen Baupolizei, des Ministeriums für Handel und Verkehr und des Bundeskanzleramtes bestand. Während man ursprünglich angenommen hatte, daß die Grund- und die Außenmauern noch so gut erhalten seien, daß das Gebäude restauriert werden könnte, neigt man nach dem Ergeb-

nis dieser Untersuchung mehr der Ansicht zu, daß die Beschädigungen des Mauerwertes durch die große Hitzeentwicklung so schwer sind, daß die Wiedherstellung mehr als fraglich erscheint. Es dürfte nunmehr damit zu rechnen sein, daß das Gebäude abgetragen werden muß. Nach der heutigen Untersuchung ist zunächst angeordnet worden, daß innerhalb der nächsten 24 Stunden die Gebäudeteile, für die Einsturzgefahr besteht, abgerissen werden. Das gilt namentlich für die Giebelaufbauten und Gesimse, deren Verankerung und Stützung durch das Feuer vernichtet oder beschädigt ist. Auch die Schornsteine stehen vor dem Einsturz; an vielen Stellen hängen meterlange Blechstücke herab. Aus Gefahrgründen mußte die Absperrung des Justizpalastes und die Umleitung des Verkehrs weiter aufrecht erhalten werden.

Der Gemeinderat tagt morgen.

Wien, 20. Juli. (M.A.B.) Bürgermeister Seiß hat den Wiener Gemeinderat für Donnerstag nachmittag zu einer Sitzung einberufen. Diese Sitzung wird die erste parlamentarische Aussprache über die Ereignisse der letzten Tage darstellen.

Schober über die Wiener Vorgänge.

Der Wiener Polizeipräsident Schober hat einem Wiener Journalisten eine Darstellung der Vorgänge gegeben, die in der „Völkischen Zeitung“ wiedergegeben wird.

Schober führt den Angriff auf den Justizpalast darauf zurück, daß die Massen, die sicher nur zu einer Demonstration gekommen waren, ohne Führung blieben; nicht einmal Ordner seien mitgegangen. So wurden die vielen Tausende in den Augenblicken, da sie dringend des Rates ihrer Führer bedurften, allein gelassen, und diese gefährliche Situation bemühten unverantwortliche kommunistische Elemente, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Menge zu jenem Ziel zu führen, das ihnen erstrebenswert schien.

Der Befehl, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, sei erst gegeben worden, nachdem Bürgermeister Seiß ihm mitgeteilt habe, daß seine Intervention zum Zwecke der Feuerwehration bei der zugewandten Menge fruchtlos gewesen sei. Der Bürgermeister habe ihm gesagt: „Ich bitte Sie, Herr Polizeipräsident, versuchen Sie es noch einmal mit anderen Mitteln.“ Er habe erwidert: „Nawohl, das verspreche ich Ihnen, aber wenn es nicht anders geht, dann muß ich die Kommandanten instruieren, von der Waffe Gebrauch zu machen. Es steht alles auf dem Spiel.“

Die Schuld liege also nicht bei der Wiener Arbeiter-schaft. Die Erregung der Massen nach dem Urteil von Schaitendörfer sei wohl sehr groß gewesen, aber die Menschen, die sich zu solchen Unruhen fortziehen ließen, Gebäude anzündeten, Wachtleute massakrierten usw., das waren keine Wiener, und das waren auch keine Wiener Arbeiter. Der Rob, die Hefe des Volkes, verantwortungslos Geistes, hätten sich der Bewegung bemächtigt.

Zum Schluß sagte Schober, es sei gut und klug gewesen, den Verkehrsstreik rasch zu beenden; denn er hätte, wenn er auch nur kurze Zeit angehalten hätte, zu den schwersten politischen Folgen für Oesterreich führen können.

Tod eines Hohenzollernkönigs.

Ferdinand I. von Rumänien gestorben.

Am gleichen Tage, an dem das neugewählte rumänische Parlament sich endgültig konstituierte, starb König Ferdinand. Während eine allgemeine Nachrichtenperre über Rumänien verhängt wurde, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur von seinem plötzlichen Ende in Sinaia.

Ferdinand entstammt der Sigmaringer Linie des Hohenzollernhauses. 1865 geboren, wurde er von seinem kinderlosen Onkel Karl von Rumänien schon 1889 zum Kronprinzen ernannt. Er trat die Regierung im Oktober 1924 an, erklärte Deutschland den Krieg und wurde im Frieden von Bukarest 1918 von den deutschen Hohenzollern tief gedemütigt, bis der Sieg der Entente auch seinem Lande mächtigen Gebietsgewinn brachte: Bessarabien, Bukowina, Transylvanien und das Banat wurden von Rußland, Oesterreich und Ungarn losgerissen und dem Stammlande einverleibt. In sozialer Hinsicht war die Zeit seiner Regierung durch die Agrarreform bemerkenswert, die er durchführte, um seine Dynastie vor der Agrarrevolution zu retten. Das allgemeine Stimmrecht, das ebenfalls eingeführt wurde, ist nur eine Fassade, hinter der sich das faschistenähnliche Terrorregiment der herrschenden Großgrundbesitzerklasse verbergt. Sein Name bleibt verknüpft mit fürchterlicher Klassenjustiz gegen Sozialisten und Kommunisten.

Ob der Tod Ferdinands sofort ernste politische Folgen auslöst, steht noch dahin. Da er seit Jahren krebelsend war, hatte man sich auf sein Ende vorbereitet. Ein Regenschatzrat ist bereits eingesetzt, der für seinen unminidigen Anteil die formelle Herrschaft ausüben soll. Die eigentliche Machtübung bleibt in der Hand der „liberalen Partei“, also Bratianus. Schwerste Komplikationen können allerdings sofort eintreten, wenn der wegen seiner Liebesabenteuer und unsauberen Bierierungsgeschäfte Ex-Kronprinz Carol den Einsatz haben sollte, Paris mit Bukarest zu tauschen. Da die Diktatur ihm mehr liegt als „unfruchtbarer parlamentarischer Kämpfe“, hat Bratianu zunächst einmal den Belagerungszustand erklärt: „Das Land hat Ruhe, Einigkeit und Eintracht notwendig.“

Die teure Post.

Schäpels Politik, das Parlament und die Arbeiterschaft.

Uebermorgen, Freitag, findet die Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost statt, die über die hart umkämpfte Gebührenerhöhung des Herrn Schäpel zu entscheiden hat. Der Arbeitsausschuß, dem die Vorbereitung der Beschlusfassung oblag, hat die Erhöhung der Postgebühren durch die Abstriche, die dabei am Entwurf vorgenommen wurden, sind ganz unwesentlich. Ueberreichlich ausgeglichen werden sie durch die Verdoppelung des Posttarifs für den Ortsverkehr, die sogar im Widerspruch zu den früheren Beschlüssen des Verwaltungsrats steht. Weder die Proteste aus der Wirtschaft, noch der Einspruch des Parlaments vermochten Herrn Schäpel zu bestimmen, seine Forderungen zu revidieren. Mit bawarischer Hartnäckigkeit hielt er an der Vorlage fest, die in diesen Tagen zur Entscheidung steht.

Nichts wäre verfehlter als der Glaube, daß die Portorerhöhung ja nur eine Angelegenheit derjenigen sei, die viel Briefe schreiben, Geld, Patete, Telegramme und Drucksachen versenden. Bankier, Kaufmann, Fabrikant, Landwirte, die Behörden — keiner von ihnen zahlt den Aufwand für die nun einmal notwendige Inanspruchnahme der Post aus irgendwelchen Reserven oder Sondereinnahmen. Sie alle bezahlen sie mit dem Geld, das ihr Kunde für Speisen und Leistungen hergeben muß. Die 208 Millionen Mark, die selbst nach dem Eingeständnis Schäpels der Post neu zuzuführen sollen, befallen den Verbrauch, werden von ihm in erhöhten Preisen getragen, ganz gleichgültig, wer zufällig die Briefmarke klebt. Aber in Wirklichkeit sind es nicht nur 208 Millionen, es sind weit mehr. Man wird das Richtige treffen, wenn man die Neubelastung der Wirtschaft durch die Portorerhöhung auf 250 Millionen Mark schätzt.

Eine Viertelmilliarde Mark, zu deren Tragung das ganze Volk herangezogen wird, das ist keine Kleinigkeit. Bei jedem Pfennig Lohnerhöhungen, bei jeder Neuregelung der sozialen Abgaben, bei jeder Steuerdebatte schallt es aus allen Kreisen der Wirtschaft, daß die Unternehmungen keine Neubelastung mehr vertragen. Auch bei dieser Vorlage hat eine große Zahl von Verbänden ihren Einspruch gegen das Postgesetz mit diesem Hinweis begründet. Deshalb muß einmal klargestellt werden, wen die politische Verantwortung für eine Aktion trifft, deren Schädlichkeit von allen Bevölkerungskreisen, von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, von Parlamentariern aller politischen Richtungen und von unabhängigen Sachverständigen erkannt wird.

Nach dem Postfinanzgesetz trägt die Verantwortung in erster Linie der Verwaltungsrat der Reichspost. In ihm sind neben den Behörden das Personal und die führenden Unternehmergruppen vertreten. Die Haltung dieser Wirtschaftsführer trägt die Hauptschuld daran, daß Schäpel mit seinen Plänen nicht schon in seinem eigenen Hause scheiterte. Entgegen der öffentlich bekundeten Auffassung ihrer Verbände haben diese Unternehmer den Auftrag gefunden, den Postminister zur Einbringung der neuen Vorlage geradezu anzuflehen. Man fragt vergeblich nach den Gründen für dieses Verhalten, das die Mitwirkung der Wirtschaft an der Verwaltung der Reichspost zu einer jämmerlichen Groteske herabwürdigte. Verfehlen kann man es, wenn die Interessenten an den Aufträgen der Post, von eigenem Profitstreben beherrscht, die Sache seines Unternehmens für die Sache des Volkes ansehen. Man kann es verstehen, obwohl man diese Verquickung von Politik und Geschäft als eine Quelle übelster Korruption großen Stiles eher heute als morgen unmöglich machen sollte. Unverständlich aber ist es, wenn ein führender Vertreter des Einzelhandels sogar entgegen den Wünschen der von ihm geführten Verbände sich im entscheidenden Augenblick hinter den Postminister stellt, seine Berufsgenossen und die volkswirtschaftlichen Interessen preisgibt. Man muß gespannt sein, ob diese famosen Wirtschaftsführer auch am Freitag den Mut zu einer solchen Komödie finden. Tun sie es, so wird man ihre politischen und wirtschaftlichen Gutachten in Zukunft werten müssen als das, was sie sind, als eine leere Geste, für die im Augenblick der Tat niemand, sie selbst am wenigsten, ernstehen magt.

Die Post ist aber ein Betrieb des Reiches. Niemand könnte der noch immer dem Parlament verantwortliche Minister sich zu derartig einschneidenden Maßnahmen bekennen, wenn ihm auch nur eine der Regierungsparteien die Gefolgschaft verweigert. Die Koalitionsparteien des Reichstags trifft also die volle politische Verantwortung dafür, wenn die Postgebührenerhöhung erfolgt. Die Verantwortung ist doppelt schwer, da ja der Reichstag in seinem Plenum die Regierung ersucht hat, von der Poststeigerung Abstand zu nehmen. Es ist also eine leere Ausflucht, wenn der Postminister sich auf eine Stimmung im Haushaltsausschuß, die er obendrein nach seiner Art falsch gedeutet hat, oder auf Besprechungen der Koalitionsparteien beruft. Vertrauliche Parlamentarierunterredungen entbinden die Regierung nicht von der Pflicht, sich an Beschlüsse des Reichstags zu halten. Im Haushaltsausschuß aber lagen die Dinge so, daß die Opposition mit ihren Argumenten starken Eindruck gemacht hat. Ein Beschluß war überfällig, nachdem das Plenum in gleichem Sinne gerurteilt hatte. Ein Antrag hätte nur dann einen Zweck gehabt, wenn der Haushaltsausschuß das Parlament in letzter Stunde hätte umstimmen wollen. Das war nicht der Fall. Weder die Regierungsparteien, noch auch die Opposition hatten einen Anlaß dazu, da man nach dem Verlauf der Debatte annehmen mußte, daß Schäpel, ge-

bunden an den Reichstagsbeschluss, eine sorgfältige Prüfung der von der Opposition vorgebrachten starken Einwände vornehmen würde. Das ist nicht geschehen; die alten Vorschläge mit geringen Abänderungen wurden erneuert.

Alle sachlichen Gründe sprechen, wie hier wiederholt dargelegt wurde, gegen die Portenerhöhung. Schädel selbst beruft sich bei seinem neuen Entschluss auf die Regierungsparteien, belastet also diese mit der vollen Verantwortung für seine politische Haltung. Von dieser politischen Verantwortung werden sie auch dann nicht frei, wenn sie auf den Verwaltungsrat der Post abzuwälzen suchen. Es ist nicht nur Angelegenheit der Post, es ist eine Angelegenheit der politischen Führung des Reiches, wenn jetzt dem Volke eine Viertelmilliarde Mark neuer Ausgaben auferlegt wird, während das Reich sich wichtigen sozialen Aufgaben verweigert, die Länder und Gemeinden zu äußerster Sparbarkeit zwingt und schließlich noch die Wirtschaft selber nach einem Abbau der Realsteuern ruft, weil sie angeblich überbürdet ist. Eine solche Finanzpolitik ohne Sinn und Ziel muß sich am ganzen Volke rächen. Hier zeigt sich, wie wenig die Sonderstellung der Post sich mit der Demokratie vereinbaren läßt. Die parlamentarische Kontrolle über sie muß verschärft werden. Beschließt der Verwaltungsrat die Portenerhöhung, so wird diese Frage dringender. Die Schädigung der gesamten Wirtschaft aber, die von einem solchen Beschluß zu befürchten ist, fällt auf die Rechtsblockregierung zurück, die sich über parlamentarische Rechte und sachliche Einwände mit der größten Ruhe hinwegsetzt.

Schulkampf auf Jahre hinaus! Westarp proklamiert den Kulturkampf.

In der „Kreuz-Zeitung“ schreibt Graf Westarp zum Schulgesetzentwurf:

„So sorgfältig der Entwurf sich in den Grenzen der Verfassung hält, und so wenig die Vorwürfe kulturfeindlicher Reaktion und herrschaftlicher Intoleranz sachlich gerechtfertigt sind, darf man sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß der Kampf um das Gesetz auf der ganzen Linie entbrannt ist und noch immer heftigere Formen annehmen wird. In ruhiger sachlicher Arbeit des Kabinetts und der Regierungsparteien, wie sie bisher geleistet worden ist, wird er einem guten Ende zugeführt werden können. Auch wenn es gelingt, das Reichsschulgesetz zu verabschieden, ist der Weltanschauungskampf, der durchgeführt werden muß, nicht beendet. Es kommt alles auf die Durchführung des Gesetzes an, für welche in den darauffolgenden zwei Jahren die Ausführungsregeln von den Ländern erlassen werden müssen, und das kann wohl einer der Gegenstände werden, die bei dem preussischen Wahlkampf im Jahre 1928 mit in vorderster Reihe stehen werden. Sind dann die Gesetze in Reich und Ländern entsprechend den Absichten des Entwurfs zustande gekommen, so legen sie der christlichen deutschen Elternschaft ein hohes Maß eigener Verantwortung für die christliche Schule auf. Aus ihr ergeben sich große Aufgaben für die Kirchen und die Träger und Vertreter des Gedankens eines lebendigen Christentums, die nur in Frieden und Zusammenstreben der christlichen Konfessionen und in gemeinsamer Abwehr der Religionslosigkeit und Religionsfeindschaft zu lösen sind.“

Die Absicht, den kommenden Wahlkampf um das Schulgesetz zu führen, wird beim Zentrum wenig Beifall finden — ebensowenig wie der Plan, durch die Entfestelung eines jahrelangen Schulkampfes das Zentrum in der Bürgerblockbildung zu halten.

Schülerorganisationen gegen Neubell.

Die Lehrervereine Leipzig-Stadt und -Land erheben in folgender Entschließung den schärfsten Einspruch gegen den neuen Reichsschulgesetzentwurf:

„Der Entwurf zerstört durch die verfassungswidrige Gleichstellung der drei Schulararten die allgemeine

Staatsschule und zerschlägt unter dem Deckmantel des Elternrechts unsere Volksschule, er verweigert den Schulkampf in den Gemeinden, er verankert die Konfessionsschule als Regelschule in großen Gebietsteilen des Reiches. Die staatliche Schulkontrolle wird aufgehoben und die Volksschule erneut kirchlichen Mächten ausgeliefert. Er stellt die Lehrerschaft wieder unter die Herrschaft schulfremder Mächte und bürdet Staat und Gemeinden, die heute schon bringende soziale Aufgaben nicht erfüllen können und unter den Reparationslasten leiden, neue große Verpflichtungen auf. Und all das nicht für eine Hebung, sondern für eine Zerschlagung der Volksschule, durch die ihre Leistungsfähigkeit herabgedrückt wird.

Der Entwurf ist in einer Sprache gehalten, die über den reaktionären Inhalt hinwegtäuschen sucht, er enthält Wendungen, die unaufrichtig wirken. Auf diese Weise soll vor allem die Auslieferung der Volksschule an kirchliche Mächte verschleiert werden.

Wir bekennen uns erneut zu einer für alle Volksteile gemeinsamen Volksschule, der Staatsschule auf wissenschaftlicher Grundlage, und sehen in der staatlichen Schulkontrolle die sicherste Gewähr für die Zukunft unseres Bildungswesens und die Gestaltung einer wahren Volksgemeinschaft.

Wir rufen die gesamte Bevölkerung auf, alle denkenden Männer und Frauen des Volkes, die Elternschaft und alle Freunde einer fortschrittlichen Schulgesetzgebung: Stellt euch vor die bedrohte Volksschule! Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!“

Die Bendlerstraße setzt ihren Willen durch! Wir bekommen wieder Militär- und Marineattachés.

Die Erwägungen über die Entsendung von Militär- und Marineattachés haben zu einer prinzipiellen Einigung darüber geführt, den Botschaften und Gesandtschaften militärische und maritime Sachverständige beizugeben. Trotz gewisser politischer Bedenken hat man sich dem Standpunkt des Reichswehrministeriums angeschlossen, das die Entsendung von Militär- und Marineattachés im Interesse der deutschen Wehrmacht als unumgänglich notwendig bezeichnet hat.

Wie der „Soz. PresseDienst“ erfährt, wird je ein Militär- und Marineattaché bei den Großmächten akkreditiert werden. Auch mit den durch die Friedensverträge neu entstandenen europäischen Staaten sind Verhandlungen darüber im Gange, ob die beiderseitigen diplomatischen Vertretungen durch Militärattachés ergänzt werden sollen. Gegenstand von Erwägungen bildet u. a. auch noch die Abgrenzung des Wirkungsbereichs dieser Sachverständigen, wobei besonders zu entscheiden sein wird, ob sie ihre Instruktionen vom Auswärtigen Amt oder vom Reichswehrministerium empfangen sollen. (Die ungleich nützlichere Einrichtung von Sozial- oder Handelsattachés ist nach schwachen Anfängen aus „Sparmaßregeln“ längst wieder aufgegeben worden. Red. d. „B.“)

Gegen die ärztlichen Ehrengerichte. Kritik der ärztlichen Sezession.

Der Kampf um die Befreiung der Ärzteschaft aus den Fesseln der Ehrengerichte und der Standesordnung geht weiter. Die Ärztliche Sezession hat den Kampf auf Grund des § 105 der Reichsverfassung aufgenommen, der Ausnahmegerichte jeder Art verbietet. Sie betont, daß die letzte Entscheidung über eine verfassungsrechtliche Zulassung von ärztlichen Ehrengerichten nicht durch einen Revisionsbeamten des Wohlfahrtsministeriums, sondern nur durch eine juristisch vorgebildete Person gefällt werden kann. Vollkommen absurd sei der Standpunkt des Wohlfahrtsministeriums, daß die ärztlichen Ehrengerichte nicht gegen die Reichsverfassung verstoßen würden, da sie ja in ihr nicht besonders aufgeführt seien. Mit der gleichen Logik könnten dann einzelne Länderregierungen verlangen, daß die Ärzte Uniform tragen müssen, da das ja gleichfalls nicht besonders verboten ist. Auch die Novelle zum Ehrengerichtsgesetz sei kein Beweis für seine Rechtsgültigkeit.

Wahlerfolge der isländischen Parteigenossen Niederlage der regierenden Konservativen.

Kopenhagen, 20. Juli. (Eigener Bericht.) Die isländischen Parlamentswahlen haben nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der jetzigen Regierungspartei, den Konservativen, eine Niederlage gebracht. Die durch ein Wahlbündnis vereinigte Bauernpartei und Sozialdemokraten können dagegen erfreuliche Erfolge aufweisen. So haben in den beiden Erzbischofsdistrikten und Akureyri die Sozialdemokraten je ein konservatives Mandat erobert und in der Hauptstadt Reykjavik der sogenannten „Unabhängigkeitsgruppe“ ein Mandat abgesehen. Die Bauernpartei hat ebenfalls ein Mandat gewonnen. Während weitere sozialdemokratische Erfolge in den Landbezirken nicht zu erwarten sind, dürfte die Bauernpartei hier gegen die Konservativen gut abschneiden. Vorläufig stehen die Ergebnisse aus den Landbezirken noch aus.

Sacco und Vanzetti an die Kulturwelt. Dank aber zugleich Warnung vor Illusionen.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Professor Dana von der amerikanischen Universität Cambridge, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, hat einen Brief von Sacco und Vanzetti erhalten, den die französische Liga für Menschenrechte veröffentlicht. Vanzetti dankt darin allen Freunden in Europa für die Ermutigungen, die ihm und seinem Leidensgenossen im Gefängnis zugegangen seien. Er warnt aber davor, in bezug auf die Begnadigung zu optimistisch zu sein, denn er befürchtet, daß man da eine Enttäuschung erleben werde. Man möge sich keine Illusion über das angelegliche Entgegenkommen der staatlichen Behörden von Massachusetts machen. Sie hätte immer so gehandelt, um in letzter Minute ihn und seine Leidensgefährten um so besser erdolchen zu können. Der Brief schließt mit dem Dank an die Freunde in Europa und die europäischen demokratischen Völker, denen er und seine Leidensgenossen die letzten Jahre ihres Lebens verdanken.

Zuwachs der französischen Fraktion. Ausgeschiedene Kommunisten wieder aufgenommen.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistisch-kommunistische Parteiorganisation des Departements Loire, die sich nach dem Parteitag von Tours von der Partei getrennt, später aber sich von den Kommunisten getrennt und selbstständig gemacht hatte, hat jetzt in einem Schreiben an die sozialistische Parteileitung um Wiederaufnahme in die Partei gebeten. Diesem Ersuchen ist stattgegeben worden. Das Departement Loire stellt in der Kammer drei Abgeordnete: Ferdinand Faure, Vassoni und Jouhannet.

Demonstrationen gegen die Militärübungen.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Cherbourg ist es am Montag zu schweren Zwischenfällen gekommen. Etwa 600 Sozialisten, die im Hafen von Cherbourg zur Ableistung einer Übung eingetroffen waren, durchzogen, die Internationale singend, die Straßen der Stadt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Ähnliche Zwischenfälle haben sich am Sonntag und Montag im Militärgefängnis in Toulon ereignet. Eine größere Anzahl Gefangener meuterten und sangen ebenfalls die Internationale. Die holländische Polizei hat das Militärgefängnis besetzt. Zu ernstlichen Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Der deutsche Studententag in Würzburg schloß am Dienstagabend mit der Annahme eines Antrages des Vorstandes, der besagte: „Der Studententag hält an der völkischen Würzburger Verfassung von 1922 unbedingt fest.“ Damit haben die Rechtsradikalen in der Studentenschaft ihre Auffassung durchgesetzt und es wird nunmehr zu einem Kampfe mit dem preussischen Kultusministerium kommen.

Scheibenschießen. Von Jodot.

Man wird nicht sagen dürfen — und auch der radikalste Pazifist darf das nicht tun —, daß der Umgang mit Feuerwaffen unter allen Umständen verwerflich ist. Zunächst einmal müssen selbstverständlich die Organe der öffentlichen Sicherheit, deren kein Staatswesen der Welt entbehren kann, mit Gewehr und Revolver zu hantieren verstehen, aber darüber hinaus ist es auch nicht unverständlich, wenn diese oder jene Privatperson am Schießen als solchem, an dem rein physikalischen Vorgang, Gefallen findet. Schießen kann ein harmloses Spiel sein, wie Fußball, Tennis, Billard, ein Sport ohne Tendenz, eine Beschäftigungsübung. Aber was in der Theorie immerhin möglich ist, straft die Praxis Lügen, und die alte Weisheit bewahrt sich auch hier, daß es die Gelegenheit ist, die die Diebe schafft. Das Gewehr hat Eigenleben. Es strahlt den Willen zu seinem Mißbrauch aus, und wer mit dem Gewehr spielt, mit dem spielt eines Tages das Gewehr.

Da haben sich in diesen Tagen die deutschen Schützenbünde in München versammelt und ein 18. Bundesjubiläum abgehalten. Man muß schon sagen, daß von dieser ganzen Veranstaltung jener muffige Geruch vollbürgerlicher Krassfeyererei ausgeht, der nun einmal von dem deutschen Spießbürger nicht wegzutreiben ist. Vereine sind gewiß nichts Schlechtes an sich, und auch im sozialistischen Lager haben wir ja genug, aber während hier — und diese Feststellung entspricht keiner Vereinstatsbestimmung — der Vereinszweck in der Regel durchaus richtig gewürdigt wird als kleiner Ausschnitt des Gesamtlebens, als untergeordneter Bestandteil des Weltanschauungskomplexes, kennt der richtige bürgerliche Vereinsmeister überhaupt nichts über seinem Verein. Wenn man den Festzeitungsartikeln und Festreden der deutschen Schützen glauben könnte, käme nichts auf Erden dem Scheibenschießen gleich. „Meister im Schuß“ ist für diese Leute „die beste Empfehlung“, „braus sein wie Hubertus“ ist die „beste Frömmigkeit“, und nichts steht ihnen über der „Schützenbrüderschaft“. Sie, ja sie allein lassen „in der lauen Luft einer weichen Zeit die Schützenkunst als Wahrzeichen männlicher Gesinnung rosen“, sie und sie allein sind es, die „das nationale Bewußtsein stärken“. Der Weidwaid steigt, und auch dies lassen sie sich von einem ihrer Vorsitzenden in holperigen Versen bescheinigen, daß bei ihnen „noch Männlichkeit und Ehre gelten“, und daß „Deutschland stolz sein kann auf seine Schützenhaft“. Natürlich dürfen bei dem Festbankett sich einer Schützenhaft Rupertus Neg und die diversen Prinzen und Prinzessinnen einer abgehalfterten Fürstenmischpoke nicht fehlen, denen man stürmische Ovationen bringt. Am die Inszenierung der rechten Begeisterung in den besseren Bürgerkreisen ist die Festleitung besonders bemüht gewesen. Sie hat für die „Verteilung“ von Würstchen Sorge getragen und offiziellen Fensteranschaukern vertrieben, der aus achtzehn verschiedenfarbigen Luchern bestand, die „in aufsteigender Scala eine

fortgesetzte Farbensinfonie“ aufwies. Doch mal was Aparteres und Manierlicheres als das oft ungezügelt durcheinander proletarischer Begeisterungssymbole!

Selbstverständlich, daß auch der animierende Rummelploßspruch „Ueb' Aug' und Hand fürs Vaterland!“ unzählige Male parodiert worden ist. Einer der stellvertretenden soundsovielen Vorsitzenden hat sich noch im besonderen darüber ausgeweint, daß das Kultusministerium jungen Leuten unter 18 Jahren die Mitgliedschaft bei Schützengesellschaften verboten hat. Ja, natürlich: was soll auch einmal aus einem solchen Burchen werden, der am Ende gar, weil er es mit der Knarre noch nicht tun darf, auf den Gedanken kommt, zum Ersatz dafür ein Mädel an die Wache zu drücken. Das ist ja doch Unnatürlich! Am Scheibenschießen allein steckt prima Männlichkeit, und wenn es auch eine ist, mit der man in kommenden Kriegen nicht ohne weiteres Hegerich den aus Flugzeugen geschleuderten Giftschwaden trotzen kann, so dürfte sie doch wenigstens gelegentlich innerer Wirren zur sachgemäßen Pflichterfüllung in Exekutionstommandos ertüchtigen.

Frauenrecht und Selbstmord.

Der Selbstmord ist bei den Männern viel häufiger als bei den Frauen. Schon die frühesten Statistiken stimmen darin überein, daß auf 300—400 männliche Selbstmörder etwa 100 Frauen kommen. Soweit neue Statistiken vorhanden sind, bestätigen sie diese Tatsache. In allen Ländern sind die Selbstmorde bei Männern zahlreicher als bei Frauen, mit alleiniger Ausnahme von Indien. Vor dem Kriege entfielen in Deutschland auf 100 männliche Selbstmörder 34,2 weibliche, 1920 53,9 1924 37,3. Die Beteiligung der Frauen am Selbstmord hat in den letzten Jahren wieder abgenommen. In Hamburg kamen 1909 auf 10 000 Einwohner 5,5 Selbstmorde bei Männern, 1,4 bei Frauen; 1923 waren die entsprechenden Zahlen 5 und 2,6. Die höchste Beteiligung der Frauen am Selbstmord weisen in Deutschland Lübeck mit 57,1 Selbstmörderinnen auf 100 Selbstmörder, Berlin mit 73,7 und Sachsen mit 47,3 auf. Zweifellos hat sich die Zahl der weiblichen Selbstmorde vermehrt und ist der der männlichen nähergerückt. Die Gründe dafür erörtert Prof. Hanauer in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ und kommt zu dem Ergebnis, daß die stärkere Beteiligung der Frau am Wirtschaftsleben die Selbstmordhäufigkeit begünstigt. Mit der Gewinnung der Frauenrechte scheint sich die Frau auch das Recht zum Freitod in steigendem Maße zu erobern; „sie zahlt also einen teuren Preis für ihre bürgerliche Gleichberechtigung“. Besonders deutlich ist das in Rußland zu verfolgen. Dort verhielt sich vor dem Kriege die Beteiligung der Männer und Frauen am Selbstmord wie 4:1. Nach dem Weltkrieg, als den Frauen die Gleichberechtigung im sozialen Leben eingeräumt wurde, stieg der Prozentsatz der Frauen selbstmorde um das 2,5fache. Auf 567 männliche Selbstmörder kommen 413 Frauen. Dieser allgemein beobachteten Entwicklung widerspricht freilich die indische Selbstmordstatistik, die ein Ueberwiegen der weiblichen Selbstmorde über die männlichen zeigt. Hier aber liegen besondere Verhältnisse vor, die in der überaus niedrigen Stellung der Frau und auch in religiösen Anschauungen begründet sind. Die Frau fühlt sich in Indien vielfach als das persönliche Eigentum des Mannes, dem sie

in den Tod folgen muß, oder ihre Lage ist so verzweifelt, daß sie nicht selten ihrem Leben ein Ende macht. Daher ist in Indien der Selbstmord der Frauen doppelt-so häufig wie der der Männer.

Psychologisch interessant ist es, daß die Frauen an Selbstmordversuchen verhältnismäßig häufiger beteiligt sind als die Männer. Die Männer kommen also beim Selbstmord eher zum Ziele, während die Frauen häufiger Mittel anwenden, die die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit der Rettung zulassen. Feuerwaffen, Strick und Messer treten bei ihnen zurück, dagegen werden mit Borlsiede Wasser und Gift gewählt, bei denen eine Rettung eher möglich ist.

Schau den aussterbenden Tierarten! Von den beiden Bildrindern, die einst in Europa heimisch waren, ist der Auerochse längst ausgestorben. Nach dem Krieg ist auch die Zahl der Wisente, von denen es noch vor 15 Jahren weit über 1000 Exemplare gab, auf 60 bis 70 Tiere zusammengeschrumpft. Für die Erhaltung dieser mächtigen Rinderart, die den Stolz unserer zoologischen Gärten in Deutschland bildet, hat sich ganz besonders der Direktor des Berliner Zoologischen Gartens, Dr. Hech, eingesetzt. Schon vor drei Jahren wurde die Internationale Gesellschaft zur Erhaltung des Wisents gegründet, die auch wissenschaftliches Material über das letzte europäische Bildrind sammelt. Mit Unterstützung der staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege, des preussischen Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, besonders der Herren Professoren Schönichen und Landesforstmeister Gernlein, ist es nun auf Anregung des Berliner Zoologischen Gartens gelungen, einen Teil des Saarparks Springs in der Nähe von Hannover zu einem Naturschutzpark für Wisente auszugestalten. In kurzen Abständen fahre ich nach Springs hinüber,“ erklärte Dr. Hech, „um die Arbeiten zu beaufsichtigen. In ungefähr zwei Monaten werden die Wisente nach Springs übergeführt, und dann soll der Park feierlich eröffnet werden. Um dem Publikum die Möglichkeit zu geben, die Tiere ohne jede Gefahr zu beobachten, wird ein großes Bildgatter aufgestellt.“ Da der Bestand der deutschen Wisente durch die ständige Inzucht sehr bedroht ist, sollen außerdem zwei Wisentkühe in dem neuen Naturschutzpark ausgesetzt werden, um eine Blutauffrischung zu ermöglichen. Dr. Hech plant, die Errichtung anderer Schutzparks anzuregen, um eine Anzahl ebenfalls im Aussterben begriffener Tierarten vor dem Untergang zu schützen. Doch will er darüber nicht eher genauere Angaben machen, als bis die Arbeiten für diese Gebiete im Gang sind.

Das Drama in Rußland. Der vom Leningrader Dramatikerverband ausgeschriebene Wettbewerb für zeitgenössische sowjetrussische Bühnenstücke hat ein völlig negatives Resultat ergeben. Keine der Entsendungen wurde prämiert; nur ein Stück „Der Rauch des Vaterlandes“ fand lobende Erwähnung. Dieses Ergebnis dürfte, den unparteiischen Scharfblick des Preisrichterkollegiums vorausgesetzt, die öfters von verschiedenen Seiten geäußerte Ansicht betätigen, daß die neurossische dramatische Produktion einen Stillstand zeigt, der beinahe chronisch zu werden droht.

Liebermann - Ehrungen. Der Reichspräsident hat Max Liebermann zu seinem 80. Geburtstag den Adelschleif des Reichs verliehen. Der preussische Kultusminister überreichte ihm das erste Stück der wieder neu gestifteten goldenen Staatsmedaille. — Von der Deutschen Kunstgenossenschaft wurde ihrem Ehrenmitglied eine von Heinrich Jaffe geschaffene lustige Originalillustration überreicht, auf der ihm Meister Jule mit seinem langen Maßstab gemessen

Schwarzweißrote Hindenburg-Feier! Die Schar vor den Reichsfarben.

Wie wir berichteten, soll der achtzigste Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg in ganz Deutschland gefeiert werden, und es ist ohne Zweifel an sich nichts dagegen einzuwenden, daß ein so hoher Ehrentag des ersten Beamten der deutschen Republik festlich begangen wird. Nun werden aber Einzelheiten über die geplanten Veranstaltungen bekannt, die außerordentlich bedenklich stimmen müssen. Der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes „Koffhäuser“ nämlich hat seinen sogenannten „zweiten Deutschen Reichskriegertag“ ausgerechnet auf den 2. Oktober, dem Geburtstag des Reichspräsidenten, nach Berlin verlegt. Bombastisch heißt es in einer Pressemitteilung des Bundes:

„Dieser Reichskriegertag ist wie der vor zwei Jahren in Leipzig unter außerordentlichen Umständen der Kameraden aus dem ganzen Reich stattgehabte — „stattehabte“ ist echtes Kriegervereinsdeutsch! — als ein nationaler Tag der Soldatenkameradschaft gedacht, als ein Gedächtnis für unsere gefallenen Helden, als eine Erinnerung an die Großtaten unseres Heeres und unserer Flotte, als ein Tag der Hoffnung neuen Aufstieges. Er ist gleichzeitig eine Huldigung für den Reichspräsidenten, den Ehrenpräsidenten des Deutschen Reichskriegerbundes „Koffhäuser“, Generalfeldmarschall von Hindenburg, anlässlich seines 80. Geburtstages, und soll eine Kundgebung aller deutschen Kriegervereine werden, ein Appell an die Einigkeit unseres Volkes, ein Echo der Gefühle nationaler Begegnung und ein deutscher Ruf in die Welt.“

Die Schwarzweißroten Kriegervereine, die bei jeder Falmenweiche in Kleinfeldern, bei jeder Regimentsfeier in Pumphäusen bei Buxtehude an den Obersten Kriegsherrn in Doorn alleruntertänigste Huldigungstelegramme schicken, benutzen unter den Symbolen des Kaiserreichs den achtzigsten Geburtstag des Präsidenten der deutschen Republik, um „einen deutschen Ruf in die Welt“ ergehen zu lassen. Dieser Ruf wird in der Welt ohne Zweifel gebührend verstanden werden! Weiter heißt es in der Ankündigung:

Am Montag, dem 3. Oktober, wird im Deutschen Stadion ein feierlicher Aufmarsch der Kriegervereine mit Fahnen vor sich gehen. Ein tausendköpfiger Chor wird, begleitet von Instrumentalmusik, mitwirken, und außerdem werden Bilder aus der Entwicklungsgeschichte des reichlichen deutschen Heeres gezeigt werden. An der letztgenannten Veranstaltung wird voraussichtlich auch der Ehrenpräsident des „Koffhäuser-Bundes“, Generalfeldmarschall von Hindenburg, persönlich teilnehmen.

Der Reichspräsident würde so seinen Ehrentag sicher in einer Weise begehen, die in heroischem Maße geeignet ist, die Friedenspolitik des von ihm dreimal im Amte beständigen Reichsaußenministers in weitestgehendem Maße zu fördern!

Nun, die sagen wir einmal wohlwollend: „geistige“ Einstellung der Kriegervereiner kennen wir. Ihr Lebensziel ist es, in verbliebenen Uniformen einherzuwachen, mit frisch aufgemalten Muffenrocken zu rauschen oder im schlichten Gehrock den Regenschirm vorchriftsmäßig zu schüttern. Es passieren aber Dinge, die viel toller sind! Da haben sich sogenannte überparteiliche Ortsausgänge zur Vorbereitung der Hindenburgfeier gebildet, und diese haben zum Teil Bestehendes gestiftet, die geradezu unerhört sind. So hat man beispielsweise in Bietfeld sich entschlossen, daß der Festsaal zur Hindenburgfeier nur mit der Flagge der Reichswehr, mit den Farben der Länder und den verschiedenen Innungsabzeichen ausgemacht werden soll. Der Reichspräsident hat den Eid auf Schwarzrotgold geleistet, auf seinem Amtssitz weht die schwarzrotgoldene Standarte, an seinem Dienstaute trägt der schwarzrotgoldene Wimpel, und Schwarzrotgold symbolisiert den Staat, den der Reichspräsident vertritt. Aber bei Feiern zu seinen Ehren soll Schwarzrotgold nicht gezeigt werden!

Nun, weite Volkstriebe mühten aus solchem Verhalten die Konsequenzen ziehen. Die preussische Regierung übrigens hat, wie man ja weiß, auf einstimmigen Beschluß hin ihren Beamten untersagt, an Veranstaltungen teilzunehmen, bei denen die Reichsfarben Schwarzrotgold boykottiert werden. Wie heilsam diese Verordnung wirkt, davon hat man sich in der letzten Zeit wiederholt überzeugen können. Wir erinnern an den von uns berichteten Fall des westfälischen Regierungspräsidenten Umelungen, und letztlich haben sich sogar die Kriegervereine zur Anerkennung von Schwarzrotgold bedrängen müssen. In Verbindung mit der Tagung des Koffhäuser-Bundes fand vor kurzem in Köln die Jahresversammlung der deutschen Kriegerwohlfahrtsvereine statt. Als Vertreter des preussischen Ministeriums erschien Vizepräsident v. Hornau, als Vertreter Kölns Oberbürgermeister Adenauer. Der Saal war mit zahlreichen Flaggen geschmückt, darunter war Schwarzweißrot stark vertreten. Die Nationalflagge fehlte. Unter diesen Umständen erklärten die Herren, wenn nicht die Nationalfarben des Reiches noch angebracht würden, mühten sie ihre Teilnahme zurück zu ziehen. Dies verfehlte seine Wirkung nicht: Abschied wurde aus Schwarzrotgold gesagt, und man entschuldigte sich mit dem „Versehen untergeordneter Organe“. Es geht also!

Nun, wir hoffen bestimmt, daß der Reichspräsident für die von ihm beschworenen Farben des Reiches mit derselben Energie eintreten und bei keiner Veranstaltung vertreten sein wird, bei der die Farben Schwarzrotgold boykottiert werden!

Fortgesetzt Militärfliegerabstürze. Massentodesopfer in England.

Ein englischer Militärflugzeug geriet Montag abend in Cambridge in der Grasshof Surrey in Brand und stürzte ab. Die beiden Insassen wurden getötet. Durch diesen Unfall erhöht sich die Zahl der in diesem Jahre im englischen Militärflugwesen ums Leben gekommenen auf 32. Im vergangenen Jahre betrug die Gesamtzahl der Toten 85.

Bei Übungsflügen stürzten über dem Flugplatz von Clapins und Malpensa in Italien zwei Bombenflugzeuge ab. Piloten und Mechaniker verunglückten dabei tödlich. Der italienische Militärflieger Oberleutnant Maciofas stürzte in Rovato mit seinem Flugzeug ab und starb nach wenigen Stunden.

Ein Blutbad der Dollardiplomatie.

Die Liberale Partei in Maragua hat gestern versucht, die amerikanischen Truppen, die seit drei Monaten das Land besetzt halten, herauszuwerfen. Einige laufende Freischützer, geführt von General Sanding, griffen die amerikanischen Marinesoldaten im Ortolan an, wurden aber nach vierstündigem Kampfe zurückgeschlagen. Die Amerikaner verdanken ihren Siegen fünf Flugzeugen, die mit Bomben gegen die „Auführer“ vorgingen. Nicht weniger als 300 wurden getötet.

Staatssekretär Kellogg sagte zu der Niederlage der Freischützkämpfer noch den Hohn der Dollardiplomatie. Er nannte die „Auführer“ eine „Räuberbande“.

Kraubmord bei Storkow.

Eine franke Frau im Bett erschlagen.

Ein furchtbarer Raubmord wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr in dem Dorfe Bugt bei Storkow (Brandenburg) verübt. Während der Abwesenheit des Mannes und der Familienangehörigen wurde die 60jährige Frau des Gemeindevorstehers Laurich, die krank im Bett lag, von einem oder mehreren unbekanntem Tätern ermordet. Den Mörder hat ein Betrag von 500 M. in die Hände. Folgende Einzelheiten werden zu dem schrecklichen Verbrechen noch bekannt.

Frau L., eine für ihr Alter noch sehr rüstige Frau, war seit einiger Zeit bettlägerig. Gestern begab sich der Ehemann mit den Angehörigen und dem Dienstmädchen auf das Feld, um den Acker zu bestellen. Eine Tochter blieb zurück, um für die kranke Mutter zu sorgen. Gegen 4 Uhr entfernte auch sie sich, um den auf dem Felde Arbeitenden Kaffee zu bringen. Als sie nach einiger Zeit zurückkehrte, bot sich ihr ein schreckliches Bild. Die Mutter lag mit zerkümmertem Schädel in dem blutbesudelten Bett. Schränke und Behältnisse waren durchwühlt und der Inhalt lag auf dem Fußboden zerstreut umher.

Wie ein Lauffeuer durchlief die Kunde von der Bluttat die kleine Ortschaft. Der erste Ehemann eilte herbei. Die Gendarmerie wurde sofort benachrichtigt, die an der Mordstelle die notwendigen Ermittlungen aufnahm. Auf dem Hofe lag der große Hund vor seiner Hütte erschlagen. Aus einem Kasten waren 500 Mark geraubt; es war der Erlös, den Laurich vor einigen Tagen bei dem Verkauf einer Kuh erzielte. Außerdem hat der Täter ein Fahrrad und eine Männerjacke entwendet. Nach den Erhebungen hat es den Anschein, daß es sich bei dem Täter um jemand handeln kann, der mit den Verhältnissen im Ländchen genau vertraut war. Der Mörder hat den günstigen Augenblick abgewartet, als sich auch die Bewohner des Nachbarhauses auf dem Felde befanden, und ist dann zu der Tat geschritten. Die Vermutung ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß der Täter ein Landstreicher oder Wanderbursche ist, der, als er betteln wollte, Frau L. allein im Bett vorfand und die Gelegenheit benutzte, um zu stehlen. Frau L. hat dann wahrscheinlich um Hilfe gerufen, so daß der Hund anschlug. Leider wurden die Hilferufe von niemand gehört. Um sich zu sichern, erschlug der Täter zuerst den Hund und tötete Frau L. durch mehrere mächtige Hiebe auf den Kopf, die mit einem stumpfen Gegenstand geführt sein müssen.

Es besteht die Möglichkeit, daß der Täter mit dem Raub die Flucht ergriffen hat und versuchen wird, in Berlin unterzu-

tauchen. Von der Staatsanwaltschaft ist im Laufe des heutigen Vormittags Kriminalrat Gemant nach Bugt begeben worden; in seiner Begleitung befindet sich Kriminalkommissar Johannes Müller. Die Leiche der Ermordeten ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Die geheimnisvolle Frauentragödie. Die Ursachen bisher nicht ermittelt.

Zu der Tragödie im Rdb., über die wir bereits berichteten, erfahren wir, daß trotz der Nachforschungen und Zeugenvernehmungen, die die Kriminalbeamten des 127. Reviers anstellten, ist es bisher nicht möglich gewesen, das Dunkel, das über der Tragödie liegt, zu klären.

Die beiden Frauen sind vorher durch die Räume des Kaufhauses gegangen und von mehreren Zeugen und Zeuginnen gesehen worden. Niemand hat an ihnen etwas Auffälliges wahrgenommen, man hat auch keinen Streit gehört. Da bei den Verunglückten keine Kassenzettel gefunden wurden, so hatten sie wohl noch nichts gekauft. Widersprechend sind die Aussagen der Passanten, die den schrecklichen Vorgang von der Straße aus beobachteten. Während einige behaupten, daß Frau Otto ihre Tochter mit sich hinabgerissen habe, wollen andere gesehen haben, daß die Tochter der Mutter freiwillig gefolgt sei. Es wird auch kaum möglich sein, über diese Frage erstlose Klarheit zu schaffen. Frau Otto stieg in dem Toilettenraum plötzlich auf den Heizkörper und stürzte sich aus dem offenen Fenster in die Tiefe. Es ist sehr wohl möglich, daß die Tochter, als sie die Mutter retten wollte, auch das Gleichgewicht verloren hat und so ihren Tod fand. Die Vernehmung des Gatten und Vaters, des Buchbindermeisters Otto, konnte ebenfalls nichts zur Klärung der Tragödie beitragen. Der gänzlich niedergebrogene Mann erklärt, daß das Familienleben ein durchaus ungetrübtes gewesen sei. Auch an dem verhängnisvollen Dienstag war nichts vorgefallen, was seine Frau zu dem grauenhaften Entschluß hätte treiben können. Er erklärt, daß er selbst vor einem Rätsel stehe.

Offenbar sprechen bei dieser Tragödie aber noch andere Umstände mit. So soll die Mutter noch im Sterben geröchelt haben: „Die Schande... meine Tochter... das überlebe ich nicht.“ Eine Berliner Frühmorgenszeitung will sogar ermittelt haben, daß eine Korrespondenz eines anscheinend sich in hoher Stellung befindlichen Akademikers mit der Ehefrau über die Tochter vorhanden ist, aus der hervorgehen soll, daß die Tochter von diesem Herrn betrogen und die Mutter, die wohl für ihre Tochter eingetreten ist, von ihm ehrentränkend behandelt worden ist.

Turmhaus am Anhalter Bahnhof. 13 Stockwerke.

Auf dem Gelände zwischen dem ehemaligen Kunstgewerbemuseum und den Prinz-Albrecht-Gärten am Anhalter Bahnhof, wo sich bisher das als Randbebauung im Zuge der Königgräber und Anhalterstraße erst kürzlich errichtete „Europa-Haus“ mit seinen Geschäftsläden und verschiedenen Restaurationsbetrieben befindet, soll jetzt auch von der Großbauten-A.G. ein 13geschichtiges Turmhaus entstehen.

Dieses Gebäude soll, nachdem die Fundamente jetzt schon fertiggestellt sind, noch Ende dieses Jahres im Rohbau vollendet, und die weitere Ausgestaltung bis Frühjahr 1928 zu Ende geführt werden. Das Turmhaus wird auf dem Westflügel im Anschluß an die bereits fertiggestellte Randbebauung des „Europa-Hauses“ hinter der Königgräber Straße errichtet werden und durch einen besonderen Zugang, in dem sich zurzeit provisorischerweise ein Ausgesschäft befindet, mit der Königgräber Straße verbunden werden. Es ist beabsichtigt, in dem neuen Gebäude, das die bisherigen ein- bis zweigeschossigen Läden und Restaurationsräume des Hofbräuhauses usw. erheblich überragen und einen architektonisch sehr interessanten Mittelpunkt dieses starken Verkehrsstrahmens bilden wird, etwa 800—1000 Räume zu schaffen, die entweder für Büreauzwecke, oder, was noch wahrscheinlicher ist, für ein großes modernes eingerichtetes Hotel Verwendung finden sollen. Außer diesem Hochhaus, das ursprünglich sogar 17 Stockwerke umfassen sollte, aber zur Erlangung der baupolizeilichen Genehmigung in der Höhe etwas vermindert wurde, wird der Bauplatz des „Europa-Hauses“ in Fortsetzung der bisherigen stachen Randbebauung nach dem Kunstgewerbemuseum zu einen neuen Längspalast erhalten, der bereits zum Herbst von demOLONOMEN des Hofbräuhauses in Betrieb genommen werden wird. Ferner will man dort einen großen Saalbau schaffen, in dem sich Konzertsäle und umfangreiche Räume für Tagungen und Kongresse befinden werden, da die Gegend des Anhalter Bahnhofes trotz des starken Bedürfnisses keine derartigen Räumlichkeiten aufweist. Das Hochhaus wird sich in seiner Architektur dem modernen Stil der bisherigen Randbebauung anpassen. Die Bauherren erwarten, daß die Genehmigung des Baues in einigen Tagen von der Baupolizei des Bezirksamtes erteilt wird, das übrigens dem Projekt mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notwendigkeit wohlwollend gegenübersteht. Mit den Bauarbeiten wird dann sehr schnell begonnen werden, da zu einem Teil schon die Eisenkonstruktion aufgestellt worden ist, so daß das neue Hochhaus Mitte des nächsten Jahres bezogen werden dürfte.

Dachstuhlbrand in Berlin N.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden heute vormittag gegen 11 Uhr nach der Alsterstr. 44 alarmiert, wo in einer Bodenkammer des Dachstuhles Feuer ausgebrochen war. Die Flammen breiteten sich mit großer Schwindigkeit aus und ergriffen die Dachkonstruktion. Als durch die starke Rauchentwicklung Straßenpassanten aufmerksam wurden, stand bereits der größte Teil des Dachstuhles in hellen Flammen. Die Feuerwehr ging über eine mechanische Leiter und über die Treppenhäuser mit drei Schlauchleitungen großen Kalibers gegen den Brandherd vor. Nach längerem Wallergehen konnte das Feuer niedergekämpft werden. Große Gefahr bestand eine zeitlang für das Dach des angrenzenden Grundstückes, doch wurde ein Uebergreifen glücklicherweise verhindert. Die Entstehungsursache konnte — da die Feuerwehr schon bei ihrem Eintreffen einen ausgebreiteten Brandherd vorfand — noch nicht einwandfrei ermittelt werden.

Volksspekt der Schöneberger Jugend.

Die Sozialistische Arbeiterjugend, die Naturfreunde und die Kinderfreunde hatten zum Sonntag die Bevölkerung zu einem Volksspekt auf der Spielwiese in Schöneberg eingeladen. Nach den farbenprächtigen Einmärschen entwickelte sich schnell ein buntes Treiben. Freude und Bewegung fanden im Mittelpunkt der Veranstaltung. Volkstänze und Spiele mit den Kindern in allen Variationen brachten Abwechslung und Freude auch für die zahlreichen Zuschauer. Fast wurde es des Guten zu viel, denn auch Volkstanz und Spiele dienen für unsere Jugend nicht Selbstzweck werden. Die Darbietungen fanden im Schöneberger Rathausaal ihren Fortgang. Besondere Beachtung verdient hier die Gruppentänze der Schüler für Martin Gleichners Bewegungsschule nach Baban. Hier lag Rhythmus und Schwung in dem Ton, der lebendiges Blut neuer Festkultur zu werden ver-

spricht. Eine ernste Sprechszene von Bruno Schönkant und die Schlussworte des Vorsitzenden des S.A.D., Ludwig Diederich, brachten die Ueberleitung zum Ernst des Lebens.

Wohnungen ohne Aufsicht. Hochkonjunktur für die Klingelfahrer.

An fünf verschiedenen Stellen arbeiteten gestern vormittag die Klingelfahrer, die allmählich zu einer wahren Landplage werden. Diese Spezialisten bedienen sich der verschiedensten Rasten, um unauffällig auszutandschaffen, wo eine Wohnung ohne Aufsicht steht.

Die besser Bekleideten spielen z. B. den Vertreter für einen Haushaltsartikel, während andere mit Postkarten und Schmutzflecken hausieren oder betteln. Da sie jeden Augenblick darauf gefaßt sein müssen, von der heinkommenden Hausfrau überführt zu werden, so stehen ihnen nur wenige Minuten zur Verfügung. Blühschnell öffnen sie mit Nachschlüssel die Bordertür, schließen sie wieder hinter sich ab und halten sich den Rückzug frei, indem sie durch die Räume eilen und die Hintertür aufmachen. Um keine Zeit zu verlieren, schlagen sie rücksichtslos die Behältnisse, die verschlossen sind, mit Stemmeisen ein und richten so oft einen Sachschaden an, der den Wert der Beute um ein Vielfaches übersteigt. So stahl ein Klingelfahrer gestern zwischen 11 und 1 Uhr vormittags in einer Wohnung in der Albrechtstraße bares Geld, eine mit Brillanten besetzte goldene Damenuhr mit der Nummer 213018, Silberzeug, das R. G. gezeichnet ist und einen Militärpaß auf den Namen „Christ Braun“. — In der Chausseestraße rafften die Diebe innerhalb einer Stunde einen großen Vollen neue Wäsche, Stoff für zwei Anzüge und eine goldene Damenarmbanduhr zusammen. — In der hannoverschen Straße drang ein Klingelfahrer in die unbesichtigte Wohnung eines Gastwirtes ein und erbeutete für 2000 Mark Gold- und Silberfachen. — Aus der Wohnung eines Bankbeamten in der Uhlandstraße wurden für 2500 Mark Silberzeug und Schmucksachen gestohlen und in der Goldstraße für 1100 Mark Silberfachen. In den meisten Fällen beschränken sich die Spezialisten auf den Diebstahl an Silber- und Schmucksachen. Unwissentlich leisten die Wohnungsinhaber den Dieben insofern Vorschub, als sie bei kurzem Ausgang die Tür nur einfach ins Schloß ziehen und darauf verzichten, das Sicherheitschloß anzuwenden.

Der Film des Kieler Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands „Die Kieler rote Woche“ läuft bis einschließlich Donnerstag in den „Uhu-Theatern“, Neue Schönehauser Straße 12. Daneben wird noch „Der rote Birat“ und die vorzügliche Bühnenschaub gegeben. Allen Genossen und Gesinnungstreunden sei daher der Besuch empfohlen.

Zu den Juwelendiebstehlen in der Friedrichstadt erfahren wir, daß es trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen ist, den flüchtigen Bruno Straczewski festzunehmen. Die Grenzbehörden sind benachrichtigt und mit der Bekämpfung des Verfolgten versehen worden. Man vermutet aber, daß er sich noch in Berlin — vielleicht unter falschem Namen — verborgen hält. Die Untersuchungen zur völligen Klärung sind noch nicht abgeschlossen.

Mord bei Königstein i. Sa.

Dresden, 20. Juli. (WZ.) Wie das Kriminalamt mitteilt, ist gestern nachmittag unweit Königstein im Walde die Leiche eines unbekanntem 20 bis 25 Jahre alten Mannes aufgefunden worden, der offenbar mit einem etwa armstarken Holznägel auf den Hinterkopf erschlagen worden war. Es handelt sich anscheinend um einen tschechoslowakischen Staatsangehörigen, der seinen Wohnsitz jenseits der Grenze haben dürfte. In seinem Besitz befanden sich nur eine tschechoslowakische Eisenbahnkarte und ein Abzeichen eines jugendsozialistischen im Gau Breslau.

Die 38. Jahresversammlung des Deutschen Gassenpfortens (DGG) fand vom 9. bis 20. Juli zum ersten Male im deutschen Ausland, in Danzig statt. Die Beamtensberichte ergaben einen allgemeinen Fortschritt; die Mitgliederzahl ist um 1400 gestiegen, so daß der Orden heute 37 000 Erwachsene und 11 000 Jugendliche zählt. Der Präsident Blume legte sein Amt als 1. Vorsitzender nach 26jähriger Tätigkeit nieder. Auf seinen Vorschlag hin wählte die Großloge einstimmig Präsident Prof. Dr. Siederer, Berlin zu seinem Nachfolger. Zum nächsten Logungsort wurde Posen als bestimmt.

Wieder vier Millionen im ADGB.

Aus dem demnächst erscheinenden Jahrbuch des ADGB für 1926 bringt die kommende Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ eine Darstellung des organisatorischen Bestandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Finanzgebarung der einzelnen Verbände und Ortsauslässe. Das Jahr 1926 unterwarf, wie diese Darstellung zeigt, die deutschen Gewerkschaften einer ungewöhnlich schweren Belastungsprobe. Kaum war das Währungssektor vorüber, als die Gewerkschaften von der Wirtschaftskrise heimgeführt wurden. Die Krise verminderte die Mitgliederzahl und brachte schwere finanzielle Belastungen. Diese Merkmale geben der Statistik der Verbände für 1926 ihr Gepräge. Der Aufschwung der Mitgliederbewegung, der hoffnungsvoll eingeleitet hatte, wurde wieder jäh unterbrochen. Wenn jedoch im Jahre 1925 der Aufschwung der Mitgliederzahl sich nicht in dem erwarteten Umfang vollzog, so ist andererseits auch der Rückgang im Berichtsjahr nicht in dem Maße eingetreten, wie er befürchtet wurde.

Die rückläufige Bewegung hat genau ein Jahr andauert. Sie setzte bereits beim Beginn der Krise, im vierten Vierteljahr 1925, mit einem Verlust von 31.000 Mitgliedern ein und schloß im Berichtsjahre Ende September mit einer Schlußabnahme von 9.710 Mitgliedern gegen das vorausgegangene Quartal. Am Schluß des Jahres ist bereits gegen den tiefsten Stand (im September) wieder eine Zunahme von 48.387 Mitgliedern zu verzeichnen. Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug am Ende des Berichtsjahres 3.933.931 gegen 4.182.445 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die günstigere Entwicklung des Mitgliederbestandes setzte sich auch im neuen Jahre fort. Nach der vorläufigen Mitgliederstatistik war die Viermillionenzahl am 31. März 1927 wieder erreicht.

Die Streikbewegung bei Siemens.

Wie wir bereits berichtet haben, befinden sich die Kernmacher, Gipsformer und Schlosser der Eisengießerei der Siemens u. Halske A. G. im Streik. Die Firma verfuhr mit allen Mitteln den Betrieb aufrechtzuerhalten. Unter anderem ist es ihr auch gelungen, sieben gelbe Schlosser einzustellen. Die übrige Besatzung nahm zu den Einstellungen Stellung und beschloß in einer Betriebsversammlung heute morgen, mit diesen Gelben nicht weiter zu arbeiten und verließ mit Ausnahme der Hilfsarbeiter den Betrieb.

Auf die Notwendigkeit, Zugang von außerhalb fernzuhalten, brauchen wir nicht besonders noch hinzuweisen.

Arbeitszeitverordnung und Verkehrsgewerbe.

Zur Entscheidung der Frage, ob das Verkehrsgewerbe unter den § 6a der Arbeitszeitverordnung in der Fassung vom 14. April 1927 fällt oder nicht, hat der Verein Berliner Speditoren eine Feststellungsklage gegen den Zentralverband der Angestellten angedreht, die diese Woche zur Verhandlung kommt. Von großem Interesse ist dabei ein Schreiben vom Reichsarbeitsminister an den Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände gerichteter Antwortschreiben, das ebenfalls zu der Frage Arbeitszeitgesetz und Verkehrsunternehmungen Stellung nimmt.

Bei den Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz, insbesondere im Reichstag, ist es beabsichtigt, dem Reichsarbeitsministeriums hervor, niemals davon die Rede gewesen, das Verkehrsgewerbe vom § 6a auszunehmen. Im Gegenteil ist bei den Verhandlungen im Reichstag angeregt worden, die Ziffer III der Verordnung vom 23. November 1918 überhaupt zu streichen. Die Anregung wurde nur deshalb nicht weiter verfolgt, weil sich seinerzeit die Auswirkung einer Streichung nicht sofort übersehen ließ und keine Zeit für eine nähere Prüfung zur Verfügung stand. Schließlich will auch der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes dem Verkehrsgewerbe nach dieser Richtung keine Sonderstellung einräumen.

Das Reichsarbeitsministerium ist also der Auffassung, daß der § 6a auch auf das Verkehrsgewerbe Anwendung zu finden hat.

Kommunistische Machen.

Die „Rote Fahne“ bringt heute unter der Überschrift „Die Betriebe für Solidaritätsaktion“ eine Notiz, wonach im Siemens-Werkernetz der Betriebsrat geschlossen für die viertelstündige Arbeitsruhe eingetreten sei. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats habe den Auftrag erhalten, zum ADGB zu gehen und diesen zur Anordnung der allgemeinen Arbeitsruhe aufzufordern. Außerdem soll der Gesamtbetriebsrat einstimmig beschließen, ein Solidaritätstelegramm an die Wiener Arbeiter abzugeben.

Welcher Betriebsrat des Werkernetzes ist geschlossen für die Arbeitsruhe eingetreten? Welcher Gesamtbetriebsrat der Siemens-Werke hat einstimmig beschlossen, ein Solidaritätstelegramm an die Wiener Arbeiter abzugeben? Und welcher Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats hat den Auftrag erhalten, zum ADGB zu gehen?

Zur Steuer der Wahrheit wollen wir feststellen, doch am Montagabend eine allgemeine Funktionärversammlung des Siemenskonzerns stattfand, in der auch die KPD-Funktionäre anwesend waren, die aber noch nichts von den neuesten Parolen der Münzstraße wußten. Erst am anderen Morgen, als die „Rote Fahne“ erschien, mußten sie, daß sie für eine Arbeitsruhe am Mittwoch einzutreten haben.

Die falschen Behauptungen der „Roten Fahne“ zeigen wieder einmal, wie es mit ihrer Wahrheitsliebe steht. Auf eine Handvoll mehr oder weniger kommt es ihr nicht an, wenn sie Verwirrung in die Arbeiterklasse tragen will.

Gehaltsregelung in der Zigarettenindustrie.

Befonderes Abkommen mit der Firma Garbatz.

Das Fehlen eines gültigen Tarifvertrages für die Zigarettenindustrie veranlaßte die Reichsarbeitsverwaltung, an die Angestelltenverbände heranzutreten mit der Anfrage, ob die Organisation an der Aufrechterhaltung der Verbindlichkeit des Gehaltsabkommens vom 19. November 1925 interessiert seien. Im anderen Falle soll die Verbindlichkeit gelöst werden. Ein Interesse an dem Abkommen von 1925 dürfte bestimmt nirgends mehr bestehen, da diese Sätze in der Praxis lange überholt sind. Es wird jetzt die Aufgabe des Zentralverbandes der Angestellten sein, die Voraussetzungen zu schaffen für ein neues Abkommen, doch besteht beim JdA die Absicht, erst dann Forderungen einzureichen, wenn die große Zahl der noch unorganisierten Angestellten in der Berliner Zigarettenindustrie ganz erheblich kleiner geworden ist.

In der Zwischenzeit bemühte sich der JdA, durch Verhandlungen mit einzelnen Betrieben die größten Härten in der Bezahlung der Angestellten der Zigarettenindustrie zu beseitigen. Hierbei kam mit der Firma Garbatz, Pankow, ein Abbruch zustande, demzufolge Garbatz fast sämtliche Gehälter als Provision um 10 bis 30 Mark erhöhte. Im September, eventuell Oktober, soll nach der Vereinbarung ein endgültiges Abkommen getroffen werden. Damit haben die Verhandlungen vorläufig zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Mit diesem Abschluß gelang es, einem weiteren nicht unerheblichen Teil der Angestellten der Industrie die Gehaltssätze einigermaßen zu erhöhen. Von jeder Angleichung der Gehälter an die fortgeschrittene Leverage sind abgesehen Josetti und Ubbellah. Beide Unternehmen dürfen bestimmt für sich in Anspruch nehmen, mit die schlechtest bezahlenden Betriebe der gesamten Genußmittelindustrie zu sein — sie „dürfen“ — weil ihre Angestellten bisher den Beitrag für die Organisation ersparten und dafür gerne auf eine anständige Bezahlung verzichteten. Auch ihnen kann geholfen werden, sobald sie den Weg zur Organisation gefunden haben und selbst die Firma Josetti wird auf die Dauer nicht die Angestelltenkandidaten hinauswerfen und ihren Angestellten Hungerlöhne zahlen dürfen, wenn sie Wert darauf legt, daß die arbeitende Bevölkerung ihre Erzeugnisse verbraucht. Der JdA wird demnächst erneut zu den Unternehmungen Stellung nehmen.

Zum Kampf in der Kölner Metallindustrie.

Auch die Christlichen lehnen den Schiedsspruch ab.

Köln, 20. Juli. (WZ.) Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes am gestrigen Dienstag lehnte den am 16. Juli von dem Sonderichter, Oberregierungsrat Dr. Classen, gefällten Schiedsspruch ab, da der Lohnausgleich zu sehr verklausuliert und für die Arbeiter untragbar sei.

Streik der pfälzischen Winzer.

Neustadt a. d. S., 19. Juli. (WZ.) In Haardt und Simmelingen streiken sämtliche Winzer, insgesamt über 150. In Deidesheim sind bei der großen Weinsirma von Buhl u. Wassermann Dienstag früh nur einzelne Arbeiter zur Arbeit erschienen. Etwa 250 streiken. In Neustadt und anderen Orten im oberen Haardtgebiet ist die Streikparole noch nicht völlig durchgedrungen. Nachdem die Lohnhöhung um einen Pfennig pro Stunde abgelehnt worden war, fordern die Winzer jetzt eine Lohnhöhung von 20 Proz., das ist ein Stundenlohn von 58 Pfennig. Sie berufen sich darauf, daß teilweise schon jetzt von Weingutsbesitzern 55 Pfennig gezahlt werden. Der Regierungspräsident der Pfalz, Dr. Rathbusch, sucht die Beilegung des Streiks zu erreichen.

Schiedsspruch für die Osnabrücker Metallindustrie.

Der Schlichter für den Bezirk Hannover gab am 16. Juli über die Vergütung der Reparatur folgenden Schiedsspruch ab: „Die unter § 6a Abs. 1 der Arbeitszeitverordnung fallende Mehrarbeit wird, soweit sie in der einzelnen Woche über 48 Stunden hinaus bis zur Dauer von 54 Stunden geleistet wird, mit einem Zuschlag von 12 1/2 Proz. und soweit sie darüber hinaus bis zur Dauer von 60 Stunden geleistet wird, mit einem solchen von 20 Proz. des tatsächlichen Stundenverdienstes vergütet.“

Der Stundenverdienst wird errechnet aus dem innerhalb der Lohnperiode von dem betreffenden Arbeiter tatsächlich verdienten Gesamtlohn ohne die sozialen Zulagen geteilt durch die darin geleisteten Arbeitsstunden.

Die vorstehende Regelung gilt mit Wirkung vom 1. Juli 1927 bis zum 31. Juli 1928.

Generalstreikgefahr in Lodz.

Lodz, 20. Juli. (WZ.) Die Lodzer Arbeiterorganisationen haben beschlossen, zur Unterstützung der Forderungen der Bauarbeiter in einen Sympathiestreik einzutreten. Gleichzeitig haben sich die Verbände die Forderungen der Bauarbeiter auf 25prozentige Lohnhöhung selbst zu eigen gemacht. Der Streik soll auch auf die städtischen Betriebe ausgedehnt werden.

Der Streik der Handelsmarineoffiziere in Shanghai.

Shanghai, 20. Juli. (WZ.) Der Streik von 500 britischen Handelsmarineoffizieren und Ingenieuren, der am 29. Juni ausbrach, dauert noch immer an. Die China-Schiffahrtsgesellschaft, deren Rüstungsschiffe von 75 Schiffen in Mitleidenschaft gezogen worden ist, hat neue Offiziere eingestellt, um einen Rumpfdienst aufrechtzuerhalten, und hat die Streikenden benachrichtigt, daß sie sich als entlassen zu betrachten haben. Insofern der Streik war eine zehnprozentige Lohnkürzung. Also trotz der Streikbrecher dauert der Streik fort.

Wirtschaft

Zollteuerung für Bekleidung?

Die Verarbeiter gegen Spinner und Weber.

In dem Kampf gegen die Zollteuerung steht die Sozialdemokratie als die Partei, welche die Interessen der Konsumenten in erster Linie vertritt, durchaus nicht allein. Der Handel und die Konfektion stehen in der Zollfrage ebenfalls im bewußten Gegensatz zu den einseitigen Forderungen der Spinner und Weber, die auf weitere Erhöhung der Zölle hinarbeiten und die in manchen Fällen trotz des hohen Zolls noch teurer sind als die ausländische Konkurrenz. Sie würden von den tschechischen und englischen Webereien, was buntgewebte Ware anbetrifft, vollständig verdrängt werden, würde der Zoll hier nicht den Ausländern einen Riegel vorschieben.

Man verlußt, den Zollforderungen oft damit leichter Eingang zu verschaffen, daß man die Interessen der Textilarbeiterchaft vorzieht, die ohne den Schutz der deutschen Industrie Arbeit und Brot verlieren würde. Diese Begründung ist zum mindesten, was buntgewebte Ware anbetrifft, absolut falsch, denn Spinner und Weber sind bis zum November hin ausverkauft. Die Webereien waren in diesem Frühjahr bereits schon sehr gut beschäftigt und mußten es daher zulassen, daß die Hälfte aller Popelinegewebe zu Hemden- und Kleiderstoffen aus der Tschechoslowakei und England bezogen wurde. Bei einfacheren Qualitäten sind die Tschechen trotz des Zolls immer noch billiger als die deutschen Buntweber; auch liefern sie pünktlicher, was von den Abnehmern immer hervorgehoben wird. Heute kostet das billigste Popelinegewebe in Deutschland ungefähr 1,25 M. pro Meter, die Tschechen bringen aber schon Ware zu 1,04 M. pro Meter heraus, auf die die deutschen Abnehmer 20 Pf. Zoll zu zahlen haben. Englische Webereien offerieren glattgewebte Jacquard-Popeline zu 0,95 M. pro Meter (der Zoll beträgt bei glattgewebten Baumwollwaren 15 Pf., bei Buntware 20 Pf.) und sind also gleichfalls wesentlich billiger als die deutsche Konkurrenz. Da nun die deutschen Webereien für mehrere Monate hin beschäftigt sind, kann ihnen im Augenblick gar nichts daran liegen, daß ihre Abnehmer auch bei den billigeren ausländischen Lieferanten bestellen, und die Konsumenten hätten jedenfalls einen Vorteil davon. Die Herren Buntweber fürchten aber scheinbar, daß sich die Konfektionsindustrie an das Ausland gewöhnt und forderten auf der letzten Tagung des Deutschen Buntweberverbandes in Kassel erneut stärkeren Zolls.

Die verarbeitende Industrie hat sich dieser Tage auf einer Sitzung des Württembergischen Industrie- und Handelsausschusses energisch gegen eine neue Zollteuerung für Baumwollwaren und -gewebe ausgesprochen. Besonders stark war hier die Wirtel- und Tricotagenindustrie vertreten, deren große Exportinteressen durch die Zollteuerung gefährdet werden. Der Württembergische Industrie- und Handelsrat forderte daher entschieden eine Ermäßigung der Zölle und Garne bis auf die Höhe der Vorkriegszeit. Es mag noch nebenbei erwähnt werden, daß gerade Spinner und Weber, wie die Bilanzen für das vergangene Jahr gezeigt haben, oft Dividenden von über 8 Proz. verteilt haben und drei Jahre lang neben den Ausschüttungen an die Aktionäre noch erhebliche Reserven schaffen konnten.

Der Lebensnerv dieser Industrie ist also durchaus nicht so gefährdet wie sie glauben machen möchte, wenn sie auch bei allen Handelsvertragsverhandlungen besonderen Schutz gegen das Dumping der anderen Staaten verlangt. Die Textilverarbeitung ist nicht nur wichtig für den inländischen Konsum, der um so teurer bedient wird zum Nachteil aller anderen Industrien, je höher die Roh- und Halbfabrikate sind. Sie ist auch eine der wichtigsten Veredelungsindustrien für den Export, und wenn heute die Außenhandelsbilanz Sorgen macht, so könnte ihrer Passivität sehr stark dadurch vorgebaut werden, daß die Spinner- und Weberzölle, statt sie weiter zu erhöhen, gesenkt würden. Dazu müßten allerdings die Verarbeiter stärker, als es bisher geschah, ihre Interessen als Konsumgüterindustrie gemeinsam mit den Vertretern der breiten Verbraucher Massen in der Öffentlichkeit betonen.

Kommt die Brüsseler Zuckerkonvention wieder? Wie aus Brüssel gemeldet wird, will die belgische Regierung die sogenannte Brüsseler Konvention durch Aufnahme der Genfer Beschlüsse wieder ins Leben rufen. Die Brüsseler Konvention war eine internationale Vereinbarung aus der Vorkriegszeit, die das Prämiensystem beim Rübenzuckerexport verbot. Wie wir kürzlich in einem informativem Artikel ausführten, hat die Regierung von Kuba, des Hauptproduzenten von Rohrzucker, zu einer internationalen Zuckerkonferenz eingeladen, die dasselbe Ziel verfolgt. Es wäre möglich, daß der Präsident von Kuba die Initiative der belgischen Regierung angeregt hat.

Der schwedische Zündholzstreik dehnt sein Interessenbereich immer weiter aus. Der ihm nahestehende tschechische Solokonzern hat jetzt mit dem ebenfalls tschechischen Zündholzkonzern Shell und Kesse die Errichtung eines gemeinsamen Vertriebsbüros beschlossen und zugleich mit den übrigen Fabriken eine Abfertigung auf dem Markt in den östlichen Teilen der Tschechoslowakei getroffen. Auf diese Weise hat sich der schwedische Zündholzstreik, der bekanntlich in Deutschland und anderen Ländern eine ausschlaggebende Rolle spielt, auch auf die tschechische Industrie einen maßgebenden Einfluß erzwungen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Allingerhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Eckhorn; Konfession: Dr. Sohn; Schiffsverkehr: Schöler; und Sonstiges: Reich-Ratsherr; Anzeigen: Th. Siedel; Schriftlich in Berlin: Berlin; Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin; Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin; Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin; Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin; Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Nachruf.
Am Montag abend verschied plötzlich nach kurzem Krankenlager unser lieber langjähriger Mitarbeiter, der Korrektor
Max Pohl.
im 67. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 21. Juli, nachm. 6 Uhr, im Krematorium Baum-schulenberg statt.
Personal der Buchdruckerei C. Janiszewski.

Nach letztem schweren Krankenlager verstarb am 17. Juli, vormittags 1 Uhr meine liebe Frau, unsere liebe Schwägerin, Emma und Tante, Frau
Charlotte Pflaumer
Dieser Seligen mit tiefer Betrübnis um ihres Heils bittend, ergeht es an die Hinterbliebenen
Reinhold Pflaumer, Arthur Pflaumer nebst Familie
Ein. -Eintragsberg, Margaretenstr. 4
Die Einäscherung findet am Donnerstags, dem 21. Juli, nachmittags 7 Uhr im Krematorium Gerichtstraße 50/51.

Pumpen.
Koblenz, Filie, Ersatzteile
Koblenz, Filie, Ersatzteile
Pumpenfabrik
Berlin N 65,
Reinholdstraße 31, 33
Blumenspenden
jede Art
letzt bestellt
Paul Golletz
Südstr. 100
Marianenstr. 3
Ecke Rautenstraße
Bismarckstr. 100/09

Rudolf Fink, Berlin NW 21
Turmstr. 6
vis-a-vis Kriminalgericht
Alte-Nachh. 83 und Uhlandstraße 106.
Aus eigen. Spezial-Rösterei stets frischgerösteter Kaffee:
Pfund 2,50 M. — 3,50 4,20 4,60 M.
von bekannter Güte, Aroma und Ergiebigkeit.
Echt indischer und chinesischer Tee,
Schokoladen, Kakao, Keks, Pudding,
Himbeer- u. Kirschsafte, ff. Olivenöl.
Feinwaren, keine Liköre und Spirituosen
nur gepökelte gekochte Weib-, Rot- und Süßweine.
Echte Braunschwe., Thür. u. Westf. Würst- u. Fleischwaren.
Frische Eier, Häse- und Butter-Handlung
zu billigen Tagespreisen. Sehr preiswert:
Prima Daner-Servelatwurst Pfund 2,50 M.

Lebenslängliche Garantie
Leiste ich als Selbstherrsteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
(Fugenlos)
zu billigen Preisen
in den gediegensten Ausführungen
= Ständig ca. 2000 St. auf Lager =
Ges. geschützt
Preisliste gratis
Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12
Bei Bestellungen werden Sie von mir gekaufte Waare innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

Am 18. Juli verstarb unerwartet unser Korrektor, Herr
Max Pohl
im 67. Lebensjahre.
Der Dahingeschiedene hat fast 35 Jahre seines von rastloser Arbeit erfüllten Lebens unserem Betriebe gewidmet und erfolgreich mitgewirkt.
Wir werden dem Verstorbenen, der in seiner Treue und Pflichterfüllung unermüdet geblieben ist, ein ehrendes Andenken bewahren.
Berlin, den 19. Juli 1927.
Die Geschäftsleitung der Buchdruckerei C. Janiszewski.

Küchen
jetzt bedeutend billiger
„Erika“-Küchen 35 M. 70 M.
„Lilli“-Küchen „Lina“ 70 M. 110 M.
„Lilli“-Küchen „Lina“ 95 M. 145 M.
„Lilli“-Küchen „Lina“ 125 M. 170 M.
Küchenschrank, 30 cm 35 M. 45 M.
Ausstellung seiner rheinischen Küchen.
Küchenschrank-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Pumpen.
Koblenz, Filie, Ersatzteile
Koblenz, Filie, Ersatzteile
Pumpenfabrik
Berlin N 65,
Reinholdstraße 31, 33
Blumenspenden
jede Art
letzt bestellt
Paul Golletz
Südstr. 100
Marianenstr. 3
Ecke Rautenstraße
Bismarckstr. 100/09

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Encorespreisen.
Eigene Fabrikate in gedie-genen Ausführungen kaufen Sie zu großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Beleuchtungskörper
und jeden elektrischen Gebrauchsartikel
bekommen Sie am billigsten
bei bequemer Teilzahlung
in unseren Ausstellungsräumen, Eisässer Straße 78
Elektrische Anlagen während der Sommermonate
einfache Brennstelle 10.— M. bei sauberster Ausführung.
Berliner Elektriker-Genossenschaft E. G. m. b. H.
Eisässer Str. 86-88 / Alexanderstr. 39-40 / Wilmersdorf, Landhausstr. 4